

Lobbyist rechnet mit Politik ab:

„Bürger 1. und 2. Klasse beim Hochwasserschutz“

Bayerische Bürgermeister reagieren empört auf Vorwürfe von Christian Wirz

SALZBURG (hud) – „Beim Hochwasserschutz gibt es Bürger 1. und 2. Klasse“, „Gemeinden tun oft absichtlich nichts, weil sie nach dem Hochwasser Millionen Euro zur Beseitigung bekommen und dann alles schöner und besser ist als vorher“: Das sind die zentralen Vorwürfe von Christian Wirz vom Verein Hochwasserschutz mit Sitz in München im Rahmen des Tagesseminars zur Aufarbeitung des Juni-Hochwassers in Salzburg. Anwesende bayerische Bürgermeister reagierten empört. „Das kommentieren wir gar nicht, das sind Unterstellungen und reiner Populismus“, sagte zum Beispiel Piding's Gemeindeoberhaupt Hannes Holzner.

Christian Wirz ist Vorstand des Vereines „Europaverbund Hochwasserschutz e.V.“, ein Verein, dem 20 Hochwasserschutz-Bauer in Deutschland, Österreich und drei weiteren Alpenländern angehören. Er hat beim Hochwasserschutz Bürger erster und zweiter Klasse entdeckt. „Geschützt wird meistens das Zentrum wie zum Beispiel das Rathaus, aber was ist,

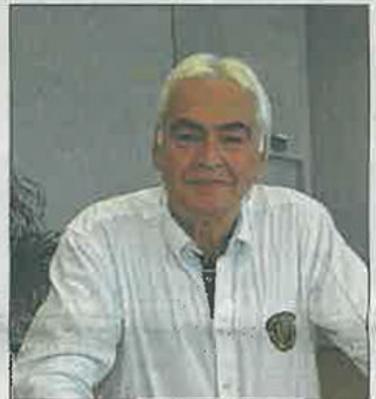
wenn sie nicht im Zentrum wohnen?“ Neben der Politik allgemein bekommt auch Bundespräsident Joachim Gauck sein Fett weg. „Er hat nach dem Hochwasser in einer TV-Sendung um Spenden gebettelt statt nach Ursachen zu fragen.“ Auch ein Minister habe plötzlich acht Milliarden Euro zur Beseitigung der Schäden aus dem Ärmel geschüttelt. „Was

hätte man mit diesem Geld alles zur Vorbeugung bauen können“, fragte er die rund 80 österreichischen und bayerischen Teilnehmer des Tagesseminars.

Hochwasser-Schutzbauten seien für die meisten Politiker ein Fremdwort. Sie würden nur in Fünf-Jahres-Abschnitten denken. Dass die Schäden bei den Hochwassern immer höher werden hat seiner Meinung nach System, „denn Industrie und Gewerbe werden mit billigem Bauland in gefährdete Gebiete gelockt, alle Maschinen stehen natürlich ebenerdig und sind nach einem Hochwasser zerstört.“ Und Wirz weiter: „Wenn das Wasser weg ist, haben alle Handwerker viel zu tun, nur die Hochwasser-Schutzbauer nicht. Da steckt doch System dahinter.“

Auch in der Landwirtschaft sei die Versiegelung der Flächen sehr weit fortgeschritten, Gräben und Baumreihen gebe es kaum noch. „Im Osten Deutschlands gibt es riesige Monokulturen, es ist also für mich kein Zufall, dass sich Hochwasser dort häufen.“

Der Lobbyist der Hochwasserbauer kritisierte auch, dass der Umweltschutz oft wichtiger sei als der Schutz der Menschen vor Hochwasser. In diesem einen Punkt gab ihm Piding's Bürgermeister Hannes Holzner recht. „Wir haben in Urwies eine besonders geschützte Fläche, wo wir nicht einmal ein kleines Rinnsal eingraben dürfen, damit das Wasser auf natürlichem Weg abfließen könnte.“ Hier gehe tatsächlich Umweltschutz vor Menschenschutz. Da Wirz Politiker



Christian Wirz vom Verein Hochwasserschutz warf der Politik Versagen vor. Fotos: Hudelist



Die anwesenden bayerischen Bürgermeister reagierten verschnupft auf die Vorwürfe des Lobbyisten für Hochwasserschutz-Bauer; im Bild von links Hannes Holzner, Piding, Hans Eschlberger, Ainring, Ludwig Nutz, Saaldorf-Surheim, und Hans Fell, Laufen.

allgemein für unfähig hält, sich um den Hochwasserschutz zu kümmern, schlägt er eine zentrale Behörde vor, die grenzübergreifend für den Hochwasserschutz für den gesamten Flussverlauf zuständig ist. „Die EU müsste hier nationales Recht aushebeln können“, forderte er. Derzeit handeln viele Gemeinden seiner Meinung nach deshalb nicht, weil sie dann auch eigenes Geld zur Mitfinanzierung in die Hand nehmen müssten, „also lassen sie lieber alles beim Alten und warten, bis die nächste Flut kommt, dann zahlen EU und Bund alle Schäden“.

Die anwesenden bayerischen Bürgermeister aus Piding, Saaldorf-Surheim und Ainring sowie Laufen und Freilassing reagierten sauer und verließen zum Teil den Vortragssaal.